

Pro Gloria et Patria



Preussen

Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e. V.

Preussenbrief

Februar 2022



Worte des Monats Februar 2022

Da liegt der entscheidende Punkt. Wir müssen uns klarmachen, dass alles ethisch orientierte Handeln unter zwei voneinander grundverschiedenen, unaustragbar gegensätzlichen Maximen stehen kann: es kann »gesinnungsethisch« oder »verantwortungsethisch« orientiert sein.“



Maximilian „Max“ Carl Emil Weber (* 21. April 1864 in Erfurt; † 14. Juni 1920 in München)

Editorial Februar 2022



*Sehr geehrte Freunde
und Mitglieder,*

wie sehr sich doch die neue Regierung, seit wenigen Woche im Amt, schon blamiert hat! Von 5.000 Helmen, die in die Ukraine gesendet werden sollen, geht es über stümperhaft eingestellte Kreditprogramme der KfW, mit denen hunderttausende Häuslebauer geplant hatten, weiter. Auch Kanzler Scholz ist in der medialen Versenkung verschwunden.

Nach Kevin Künert, ein "Mann" ohne Qualifizierung, Berufserfahrung und Studium oder Ausbildung, folgen nun noch die beiden neuen Vorsitzenden der Grünen, beide auch ohne jegliche Ausbildung oder Studium, einfach nur grün! Das zeigt wieder, dass es ein eklatantes Qualitätsdefizit in der gesamten deutschen Politik gibt.

Wie man eben auch in der täglichen Arbeit sieht!

In Sachen Veranstaltungen geht es nun auch weiter bei der Preußischen Gesellschaft, die ersten Termine für das neue Jahr stehen nun fest: Der 16. März, der 21. April und der 19. Mai. Referenten sind gebucht, nur die genaue Verteilung der Redner muss noch gefunden werden. Auch der vierte Termin ist schon in Planung.

Die Coronazeit haben wir ohne große Schäden überstanden, und die Mitgliederzahl ist sogar leicht gewachsen! Preußen lebt also weiter! Helfen Sie mit und werden Sie Mitglied!!!

Herzliche Grüße
Steffen Bender

I.

Die Unterwerfung

Die Qualifizierung von Atomenergie als nachhaltig durch die Europäische Kommission ist politisch gewillkürt. Sie stellt nicht nur deren Präsidentin von der Leyen, sondern auch den unterlassenen Widerstand der deutschen Regierung hiergegen bloß. Dass die auf Vorschlag und Drängen von Macron gewählte Präsidentin der Europäischen Kommission -immerhin Inhaberin eines deutschen Passes- des französischen Staatspräsidenten Kellnerin ist und sich, seitdem sie die Brüsseler Machtstellung ergattert hatte, darum bemüht, die Gerichte ihres Pariser Patrons, schmackhaft aufbereitet, besonders den Deutschen, zu präsentieren, wird selbst in der Mainstream-Presse klargestellt (siehe u.a. hier). Die Pariser Politik sieht von der Leyen als ihr Instrument an. Dies ist mittlerweile kein Geheimnis mehr. Selbst die Zusammensetzung des Kabinetts von Frau von der Leyen wird von Emmanuel Macron mitbestimmt. Dass nun aber die in Paris von langer Hand vorbereitete Förderung der Atomenergie in Brüssel so geräuschlos über die Bühne geht und noch einen Tag vor der offiziellen Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Frankreich verkündet wird, belegt, dass Deutschland das Brüsseler Gewaltenkonglomerat vollständig entglitten ist. Man weiß scheinbar in der Ampel-Regierung gar nicht, was in den letzten Monaten zwischen Paris und Brüssel – noch unter der Oberhoheit von Frau Merkel - ausgehandelt worden war.

Formal geht es lediglich um die Einleitung eines Konsultationsprozesses zu einer ergänzenden Rechtsverordnung für bestimmte Kernenergie- und Erdgasaktivitäten. Doch was in Gestalt eines delegierten Rechtsaktes vom sogenannten Europäischen Parlament an legislativen Befugnissen auf die EU-Kommission übertragen worden ist, läuft im Ergebnis darauf hinaus, dass für die anstehenden umfangreichen milliardenschweren Rückbau- und Erneuerungsinvestitionen der 56 Atomreaktoren in Frankreich Brüsseler Gelder erhalten sollen.

Derweil streiten die Ampelkoalitionäre um die opportune Reaktion. Dass selbst bei den Grünen, insbesondere Habeck und seiner Liliput-Diplomatin Baerbock, die Meinung vorherrscht, man dürfe Macrons Wiederwahl nicht gefährden, beleuchtet die hündische Ergebenheit des links-grünen Establishments gegenüber den Pariser Machthabern.

Seit wann ist die Wiederwahl des französischen Staatspräsidenten ein Kriterium für Politikentscheidungen auf dem Gebiet der deutschen Energiesouveränität?

Kniefall vor den Pariser Machthabern

Bei vielen Kritikern des links-grünen Bündnisses – so der AfD - herrscht indes Genugtuung darüber, dass nun durch eine französisch orchestrierte Initiative die Atomenergie eine Renaissance erlebt. Doch Schadenfreude über die von Brüssel/Paris organisierte Niederlage für die grün-fundamentale Nuklear-Verweigerung ist hier fehl am Platze. Denn bei der Brüsseler Trickserei geht es nicht um die Frage, ob man sich für die eine oder andere Energiequelle und ihre Förderung aussprechen sollte, sondern ausschließlich um die flagrante Verletzung deutscher Energie-Souveränität.

Deutschland hat unter unglücklichen Umständen - Frau Merkel wollte die Landtagswahlen in Baden-Württemberg gewinnen - im Nachgang zu den Beschlüssen der grün-roten Koalition unter Trittin und Schröder beschlossen, sich von der Atomenergie definitiv zu verabschieden. Dafür gibt es vertretbare Gründe und ernsthafte Erwägungen trotz der wahltaktischen Entscheidungsumstände der damaligen Kanzlerin. Mittlerweile wird indes diese Entscheidung im Ergebnis vom Großteil der deutschen Bevölkerung akzeptiert. Daher vermag die Mehrheit der Deutschen gar

nicht nachzuvollziehen, wieso im Wege eines Pariser octroi durch die Hintertür eine Energie gefördert werden soll, die in Deutschland mehrheitlich abgelehnt wird.

Hier liegt der Hund begraben: Was in Deutschland von der Mehrheit der Deutschen - immerhin also durch das souveräne Urteil eines selbstbestimmten europäischen Volkes – rundum abgelehnt wird, wird nun in Brüssel durch einen juristischen Taschenspielertrick der Kommission in Gestalt eines delegierten Rechtsaktes ohne Einspruchsmöglichkeiten auf die Tagesordnung gesetzt und demnächst mit deutschem Geld gefördert. Denn Deutschland ist nach wie vor der bedeutendste Nettozahler EU.

Dies wird Herr Scholz der deutschen Bevölkerung, die nicht ohne Grund AKW-skeptisch oder sogar nuklear-ablehnend ist, näher erklären müssen:

Nachdem in Deutschland in langwierigen Verhandlungen der Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen worden ist, darf sich dasselbe Volk an den Kosten der Reparatur und am Neubau französischer Reaktoren - vermittelt über den EU-Haushalt - beteiligen. Dies ist mehr als ein Einflussknick. Dies ist die Abdankung der Ampelkoalition und ein Kniefall vor den Pariser Machthabern. Währenddessen hat die österreichische Umweltministerin der Brüsseler Behörde ihre Klageabsicht verkündet. Sie führt den deutschen Grünen vor Augen, was Mut bedeutet.

Dr. jur. Markus C. Kerber ist Professor für Finanzwissenschaft und Wirtschaftspolitik an der Technischen Universität Berlin und Gründer von www.europolis-online.org



II.

Deutschland und Israel prangern Holocaust-Leugnung an



Zum 80. Jahrestag der sogenannten Wannsee-Konferenz haben Deutschland und Israel die Leugnung und Trivialisierung des Holocausts angeprangert. In einem Gastbeitrag für den »Tagesspiegel« (Donnerstag) und die israelische Tageszeitung »Maariv« monierten die deutsche Botschafterin in Israel, Susanne Wasum-Rainer, und der israelische Botschafter in Deutschland, Jeremy Issacharoff, dass die Fakten der Schoa noch immer abgestritten würden und deren historischer Ausnahmeharakter relativiert werde.

Derweil räumte Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) eine Mitschuld des Auswärtigen Amts am Leiden der Juden ein.

GASTBEITRAG In dem Gastbeitrag schreiben die beiden Botschafter weiter, die Leugnung und Trivialisierung des Menschheitsverbrechens sei dabei nicht nur unter politischen Radikalen verbreitet, sondern ein gesellschaftliches und internationales Phänomen.

Aus diesem Grund wollten Israel und Deutschland an diesem Donnerstag bei den Vereinten Nationen gemeinsam eine Resolution anstoßen. Die politisch Verantwortlichen weltweit seien zur Unterstützung aufgerufen. »Diese Resolution soll ein Zeichen der Hoffnung und der Inspiration für alle Staaten und Gesellschaften sein, die für Vielfalt und Toleranz eintreten, nach Versöhnung streben und verstehen, dass die Erinnerung an den Holocaust unabdingbar dafür ist, dass sich derartige Verbrechen nicht wiederholen.«

Bei der sogenannten Wannsee-Konferenz hatten am 20. Januar 1942 hohe NS-Funktionäre über die systematische Ermordung von bis zu elf Millionen Juden Europas beraten. Ziel der Besprechung in einer Villa am Berliner Wannsee war es, die Umsetzung des Völkermords zu beschleunigen. Sie gilt als eines der Schlüsseldaten des Holocaust.

In dem Gastbeitrag der beiden Botschafter heißt es weiter, die Leugnung historischer Fakten des Holocausts sei nicht nur ein Angriff auf die Opfer der Vernichtung und ihre Nachkommen, auf Jüdinnen und Juden in aller Welt und den Staat Israel. Es sei auch ein Angriff »auf die Grundbedingung friedlicher Gesellschaften und friedlichen Zusammenlebens weltweit«.

VORSCHLÄGE Die Botschafter machten auch Vorschläge für Maßnahmen zur Bekämpfung der Holocaust-Leugnung. Dazu gehört eine einheitliche Definition von Antisemitismus, Investitionen in Bildung und Aufklärung sowie Maßnahmen, um die Infragestellung und Relativierung des Holocausts in den sozialen Medien zu verhindern. Außenministerin Baerbock bekannte sich zur Mitverantwortung des Auswärtigen Amts am Mord an den Juden durch die Nazis. »Wir werden nie vergessen, was Deutschland ihnen angetan hat«, sagte sie laut einer Mitteilung des Auswärtigen Amts. »An ihrem Leid tragen auch Beamtinnen und Beamte des Auswärtigen Amts Schuld, die sich in den Dienst von Verbrechen und Völkermord des Nazi-Regimes gestellt haben.« Sie seien damit zu willfährigen Helferinnen und Helfern des Unrechts geworden. »Dieses Kapitel der Geschichte muss uns ein Ansporn sein: Nie wieder darf so etwas geschehen.«

Baerbock sagte weiter, wer im Staatsdienst Verantwortung trage, müsse zuallererst dem Recht und der Menschlichkeit verpflichtet sein, nicht der Macht. Die kritische Auseinandersetzung mit der Rolle des Auswärtigen

Amtes während des Nationalsozialismus sei deshalb fester Bestandteil der Ausbildung im Auswärtigen Amt. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Ausbildung würden noch stärker dafür sensibilisiert, Antisemitismus zu erkennen und aktiv zu werden, wenn sie ihm begegneten. »Am Internationalen Holocaust-Gedenktag des 27. Januars werden fortan alle Mitarbeitenden weltweit daran erinnert.«

GEDENKSTÄTTEN Derweil forderte der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, Pflichtbesuche für angehende Lehrer und Lehrerinnen im Haus der Wannseekonferenz oder KZ-Gedenkstätten. »Ich setze mich daher dafür ein, dass die Auseinandersetzung mit der Schoa und mit Antisemitismus bundesweit ein verpflichtender Bestandteil des Lehramtsstudiums wird«, sagte er den Zeitungen der Funke Mediengruppe (Donnerstag).

Pflichtbesuche von allen angehenden Lehrern in Gedenkstätten wie der Wannseekonferenz wären ein wichtiger Beitrag gegen den wiedererstarkenden Antisemitismus. »Mir fehlt das Verständnis dafür, dass es in Deutschland nach wie vor möglich ist, ein Lehramtsstudium, ohne jeden Berührungspunkt mit der Shoah abschließen zu können«, sagte Klein. Schüler könnten die heutige Gesellschaft nur verstehen, wenn ihnen die deutsche Geschichte bewusst sei. Dpa

Focus.de

III.

21. Februar 1916 Die mörderischste Schlacht der Kriegsgeschichte

Das deutsche Oberkommando will im Frühjahr 1916 die Kriegsentscheidung an der Westfront suchen. Durch unablässige Angriffe auf die Festungsbastion Verdun will es mit einer großen Materialschlacht „Frankreichs Kräfte verbluten“ lassen.

Auf 15 km Breite ist der Angriff vorgesehen. Das bis dato größtes Aufgebot an Artillerie ist bereitgestellt. 1.500 Geschütze beschießen am 21. Februar 1916 die französischen Stellungen. Am nächsten Tag greifen vier deutsche Armeekorps an. Am 25. Februar fällt das Fort Douaumont in Folge eines Handstreiches in deutsche Hände. Nach dem Verlust des Forts betraut die französische Regierung den als Defensivtaktiker bekannten Henri Philippe Pétain mit der Verteidigung von Verdun. Pétain treibt die Soldaten zu zähem Widerstand, um Zeit für die Heranführung neuer Reserven an die bedrohte Front zu gewinnen.

Es beginnt die mörderischste Schlacht der Weltgeschichte. Insgesamt fallen auf das 260 Quadratkilometer große Kampfgebiet 50 Tonnen Stahl je Hektar. Im Laufe der ersten Woche waren neun französische Divisionen weitgehend zermürbt. Der deutsche Angriff konnte weitestgehend aufgefangen werden. Bereits am 1. März hat das deutsche Heer 25.000 Mann verloren. Der Thronfolger des Deutschen Reiches und Oberbefehlshaber der 5. Armee, Kronprinz Wilhelm, fordert am 13. Mai die Einstellung der Offensive. Der Oberkommandierende Falkenhayn jedoch besteht auf deren Fortsetzung.

Die Deutschen jagen nacheinander 47 Divisionen und die Franzosen 80% ihres Feldheeres durch die „Hölle von Verdun“. Am heftigsten umkämpft sind die beiden Gebirgrücken Toter Mann und Höhe 304. Zwar können die Deutschen im Mai 1916 beide Stellungen erobern, aber die Zahl der dabei verlorenen Soldaten übersteigt jede bisher gekannte Dimension. Vom 2. bis 6. Juni kann noch das Fort Vaux eingenommen werden, aber alle deutschen Reserven und ein Großteil der Munitionsreserven sind verschlungen.

Nachdem die Entente ihre Offensive an der Somme beginnt, werden die deutschen Angriffe auf Verdun schließlich Mitte Juli 1916 eingestellt. Auf beiden Seiten sind bis dahin zusammen etwa 700.000 Soldaten getötet worden. Geländegewinne von einigen hundert Metern sind mit tagelangen Kämpfen und dem Tod von Zehntausenden verbunden. Nach viermonatigen Kampfhandlungen ist Verdun eine wüste Ruinenlandschaft, die Wälder verbrannt, die Häuser zerschossen. Damit ist Verdun Sinnbild für die sinnlosen Materialschlachten des Ersten Weltkriegs.





Dezember 1916 Im Winter 1916/1917 leidet auch Preußen unter den kriegsbedingten Versorgungsmängeln. Kein kriegführendes Land hat Vorbereitungen für einen langen Krieg getroffen. Als die von den Entente-Staaten durchgesetzte Seeblockade zu einer spürbaren Verschlechterung der Lebensmittelversorgung in Deutschland führt, werden Rationierung und Zwangsbewirtschaftung von Nahrungsmitteln eingeführt.

Preußen erlebt 1916/17 den härtesten Winter seit Kriegsbeginn. Die amtlichen Tagesrationen in der Lebensmittelversorgung betragen für Erwachsene 270 g Brot, 35 g Fleisch (einschließlich Knochen), 25 g Zucker, 11 g Butter, 1/4 Ei. Oft jedoch ist in den Geschäften nicht einmal diese Hungerration zu bekommen. Die Milchversorgung bricht völlig zusammen, Getreide und vor allem Kartoffeln sind Mangelware. Als Ersatz gibt es Kohlrüben, weshalb sich diese Zeit auch als „Kohlrübenwinter“ einprägt.

Die „Wrucke“ – so die damalige Bezeichnung für die Kohlrübe - wird dem Brotteig zugesetzt, aus ihr wird Marmelade gekocht, getrocknet dient sie als Kaffeersatz.

Der „Hungerwinter“ 1916/17 kommt unerwartet und zermürbt die physische Widerstandskraft der Bevölkerung. In den Städten war die Bevölkerung vom Hunger am stärksten betroffen. Schleichhandel und Wuchergeschäfte blühten. Während "Kriegsgewinnler" mit schnell verdientem Geld reich wurden, starben in Deutschland zwischen 1914 und 1918 über 750.000 Menschen an Hunger und Unterernährung.

Quelle: Preussen Chronik



Bekanntmachung
 Betreff: Kartoffelversorgung.

Nach der Reichskartoffelverordnung vom 1. Dezember 1918 wird die Bekanntmachung des K. Staatsministeriums des Innern vom 2. Februar 1917 lat. bestätigt:

1. Der Tageskonsum an Kartoffeln beträgt 1 Pfund.
2. Kartoffelverräugungen sind für die Zeit bis 30. Juni 1919 zum Verkauf in der eigenen Wirtschaft von ihrer Ernte des Ja. 1918 auf den Kopf und Tag eines jeden Angehörigen ihrer Wirtschaft höchstens 1 Pfund zu betreiben. Diese Bestimmungen sind bereits in Kraft und gelten auch für den Kommunalverband Pommern-Stadt.

Zwischenhandlungen sind strafbar.
 Für den Ausfall an Kartoffeln wird die Stadt nach Möglichkeit Kohlrüben zur Verfügung stellen.

Für die Berechnung der von den einzelnen Kartoffelbesitzern zur Zeit abzurufenden Kartoffeln war festzulegen: es wurden für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli 1918 pro Kopf der Familie 160 Pfund von dem angegebenen Kartoffelverbrauch zulässig nur der tatsächliche Verbrauch. Nach voll abgekauft werden, die Stadt hat noch mehr zulassen als den gesetzlichen Tageskonsum von 1 Pfund.

Die Bekanntmachung hat bei der amtlichen Regelung auf die Anzahl der Kartoffeln gegolten. Jeder muss eine Kartoffelkarte vom Lande für die Zeit der Zeit gültig. Es ist die Karte bei den Kartoffelverkäufen zu zeigen. Ist jemand die Eingekaufte Karte, das es nicht mehr mehr die Karte zu zeigen und die Bekanntmachung entsprechend zu verfahren.

Pommern, der 1. Februar 1919
 Das Bürgermeister:
Strobel
 Stadtmann



IV.

Sicherheitspolitik

René Nehring/PAZ

Droht ein neuer Krieg im Osten Europas? Vor wenigen Tagen sprach NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg von umfangreichen russischen Truppenbewegungen im Grenzgebiet zur Ukraine. Und die „New York Times“ berichtete von der Zusammenziehung von über 100.000 russischen Soldaten im Grenzgebiet sowie von regelmäßigen „Aufklärungsflügen“ der US-Air Force entlang der Grenze zu Russland.

Damit erreicht der seit 2014 schwelende, mal kalte, mal etwas heißere Konflikt zwischen der Ukraine und Russland einen neuen Höhepunkt. Seit der damaligen Annexion der Halbinsel Krim durch Russland und der Aktivierung prorussischer Aufstände im Osten der Ukraine ist auch das Verhältnis von Europäischer Union und NATO zu Russland nachhaltig beschädigt. Neben Sanktionen gegen russische Firmen und hohe Repräsentanten des politischen Systems reagierten die westlichen Bündnisse auf das Verhalten Moskaus mit dem Einfrieren zahlreicher gegenseitiger Beziehungen.

Acht Jahre kalter Krieg, beziehungsweise heißer Frieden haben ihre Spuren hinterlassen. Allerorten herrscht Misstrauen, schon kleinste Manöver beziehungsweise Verschiebungen von Truppen beschwören die Gefahr eines großen militärischen Konflikts herauf. Die jüngste Eskalation begann mit der Aussage des US-Präsidenten Joe Biden im Dezember 2021, dass seine Geheimdienste Erkenntnisse über Pläne für eine russische Invasion in die Ukraine hätten. Seitdem warnten zahlreiche westliche Regierungen und die EU-Kommission Russland vor einem militärischen Vorgehen und drohten für den Fall eines Einmarsches weitere Sanktionen an. Russland wiederum forderte die NATO auf, die 2008 für die Ukraine und Georgien eröffneten Beitrittsperspektiven zu widerrufen und jegliche Militärübungen in der Nähe seiner Grenzen zu unterlassen.

Aufprall in der Realpolitik

Für die neue deutsche Regierung bedeutet der Konflikt die erste große sicherheitspolitische Herausforderung – und den harten Aufprall in der Realpolitik. Die bisherige Bundeskanzlerin Angela Merkel war in den vergangenen Jahren die Einzige, die trotz großer Meinungsunterschiede sowohl in Moskau als auch in Washington und in Kiew gehört wurde. Ansonsten haben die meisten deutschen Politiker – darunter die neue Außenministerin Annalena Baerbock – bei nahezu jedem Konflikt mit Moskau reflexhaft den Stopp der Ostseepipeline NordStream 2 gefordert. Diesem Ansinnen freilich hat Bundeskanzler Scholz mit der Aussage, dass es sich bei dem Projekt um eine privatwirtschaftliche Angelegenheit handele, eine Absage erteilt.

Was fehlt ist eine Perspektive, die den legitimen Interessen aller Beteiligten Rechnung trägt. Russland wird akzeptieren müssen, dass der Kreml keinem Land untersagen kann, Mitglied der NATO zu werden, und dass jedes Agieren gegen einen Beitrittskandidaten andere Staaten noch näher an die NATO rückt. Der Westen wird im Gegenzug akzeptieren müssen, dass es klüger ist, die bestehenden Bündnisse nicht zu erweitern, um die Russen nicht zu provozieren – und stattdessen nach anderen Wegen zu suchen.

Ein denkbarer Ausweg wäre eine Rückbesinnung auf die OSZE, in der alle Konfliktparteien gleichberechtigte Mitglieder sind. Und ein erster möglicher Schritt zum langen Wiederaufbau von Vertrauen wäre die Reaktivierung von Formaten wie dem NATO-Russland-Rat, der einst geschaffen worden war, um im Falle eines Konfliktes wenigstens auf der Fachebene einen Gesprächskanal zu haben – und dann seit 2014 weitestgehend auf Eis lag.

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor hundert Jahren hat gezeigt, in welche Katastrophe Europa und die Welt gleiten können, weil die Regierungen das gegenseitige Misstrauen nicht aus der Welt schaffen konnten. Dies sollte

Warnung genug sein, das allseitige Geraune und Androhen von Sanktionen zu unterlassen – und stattdessen alle Bemühungen darauf zu richten, einen Konflikt, der niemandem nützt, endlich zu beenden.

Quelle. Preußische Allgemeine

V.

Zwei Zeilen hätte es gebraucht, um kranken Kindern zu helfen, doch die Regierung zuckte nicht mal

FOCUS-Kolumnist Jan Fleischhauer

Wir sind Meister darin, politische Modewörter zu erfinden. Statt von Schwachen redet man heute von „Vulnerablen“. Aber wenn es darauf ankommt, ist niemand in der Politik zu erreichen, wie das Schicksal der Schattenfamilien zeigt.

Ich habe das Wort „Schattenfamilie“ zum ersten Mal gehört, als ich auf Twitter die Kommentare unter einem Beitrag von mir zu den Corona-Maßnahmen durchsah. Ein Leser fragte mich, ob ich nicht einmal über das Schicksal dieser Familien schreiben wolle. Das sei doch ein lohnendes Thema. Er könne mir da die wildesten Geschichten erzählen. Das Wort leitet sich von „Schattenkind“ ab. So bezeichnet man ein Kind, das einen Geschwisterteil hat, der behindert ist oder an einer chronischen Krankheit leidet und deshalb die meiste Aufmerksamkeit der Eltern erhält. Schattenfamilien sind demnach Familien, die im Schatten eines solchen Sorgenkinds leben.

Der Begriff hat sich in der Pandemie etabliert. Viele Menschen fürchten sich vor Ansteckung, weil sie unsicher sind, wie ihr Körper auf das Virus reagiert. Aber die Sorge ist noch einmal eine ganz andere, wenn man ein Kind in der Familie hat, dessen Herz, Lunge oder Niere nicht richtig funktioniert, womit die Wahrscheinlichkeit, ernsthaft zu erkranken, exponentiell steigt.

Kleine Kinder sind auch schwerer zu isolieren. Ein erwachsener Mensch folgt der Einsicht, wenn er sich entscheidet, seine Kontakte zu reduzieren. Aber ein Fünfjähriger?

Alles, was es brauchte, war eine kleine Änderung im Infektionsschutzgesetz

Der Vater, der mich anscrieb, hat eine Tochter, die mit Spina bifida zur Welt kam, einer Fehlbildung der Wirbelsäule, die ihr das Gehen sehr erschwert. Er arbeitet als Statistiker, wie er mir bei einem der Gespräche erzählte, die sich aus unserem Kontakt auf Twitter ergaben. Am Anfang der Pandemie war er erleichtert, als es hieß, dass im Wesentlichen Kinder mit Lungenproblemen ein erhöhtes Risiko hätten, schwer an Covid zu erkranken. Aber dann sah er Datensätze aus Amerika, wonach auch Kinder mit Spina bifida stark gefährdet sind.

Wie kann man sich gegen ein Virus schützen, das draußen grassiert? Wenn jeder Kontakt potenziell tödlich ist, bleibt nur, die Außenwelt auszuschließen. Wie viele Familien, in denen ein Kind chronisch krank ist, ging auch die Familie von Sebastian Mathis – so heißt der Vater, mit dem ich sprach – in die Selbstisolation. Das Wort Schattenfamilie ist durchaus wörtlich zu nehmen.

Man kann sich also die Erleichterung von Eltern wie Mathis vorstellen, als die erste Impfung zugelassen wurde. Die Impfung war für Kinder zwar nicht freigegeben, aber gerade bei behinderten Kindern werden viele Medikamente im sogenannten Off-Label-Use verschrieben.

Kinderärzte scheuen das Haftungsrisiko, das gilt zumal bei unerprobten Behandlungsmethoden. Aber auch da gab es eine Lösung. Alles, was es brauchte, war eine Änderung im Infektionsschutzgesetz. Zwei Zeilen, die es den Ärzten erlauben würden, Impfungen auf ausdrücklichen Wunsch der betroffenen Eltern vorzunehmen.

Mathis schrieb alle an, die Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin, die gesundheitspolitischen Sprecher der Parteien, Karl Lauterbach, das Gesundheitsministerium. Es wäre so einfach gewesen: eine Erklärung von offizieller Stelle, dass man die Schutzimpfung für den speziellen Kreis behinderter oder chronisch kranker Kinder empfehle. Aber niemand fühlte sich zuständig. Aus dem Gesundheitsministerium erhielt Mathis nicht mal eine Antwort. Mit jeder Woche, die ins Land ging, wuchsen seine Verzweiflung und sein Zorn.

Keine politische Aufmerksamkeit für Familien mit behinderten oder kranken Kindern

Wir reden gerne von den Schwächsten der Gesellschaft, denen man helfen müsse. Wir sind große Meister darin, neue Worte zu erfinden, die unser Mitgefühl ausdrücken sollen. Statt von Behinderten sprechen wir jetzt von den Vulnerablen. Das klingt gleich doppelt so sensibel. Aber wer wissen will, wie es abseits der Talkshows aussieht, dort, wo sich das reale Leben abspielt, auch das beschissene reale Leben, der muss nur mit Menschen wie Sebastian Mathis reden.

Wenn wir irgendwann auf die Pandemie zurückblicken werden, dann auch darauf, dass sie ziemlich schonungslos offengelegt hat, wer sich auf die Fürsorge der Politik verlassen kann und wer nicht. Am besten geschützt waren Menschen ab 65, die rüstigen Rentner, für die jeder Lockdown eine lästige, aber letztlich tolerable Einschränkung bedeutete. Kinder und Jugendliche hingegen rangieren auf der politischen Aufmerksamkeitskala weit hinten. Ganz unten stehen Familien mit behinderten oder kranken Kindern, wie man jetzt weiß.

Im Sommer hatten Mathis und seine Mitstreiter endlich einen Arzt gefunden, der sich bereit erklärte, das Klagerisiko einzugehen und unter der Hand zu impfen. Zehntausend Kinder haben sie über die Monate vermittelt. Dass es da jemanden gebe, der helfen könne, verbreitete sich unter den Schattenfamilien wie ein Lauffeuer.

„Auf jedem Armen sitzen zehn andere, die in seinem Namen Solidarität einklagen“

Seit Dezember sind Impfstoffe gegen Corona für Kinder ab fünf Jahren zugelassen. Jetzt beginnt das Spiel von vorn. Diesmal geht es um die Kinder unter fünf. Ich höre den Schrei der Impfgegner, die sagen, dass es unverantwortlich sei, so kleine Kinder zu impfen. Aber wer eine Tochter oder einen Sohn mit Trisomie 21 oder Spina bifida hat, der beurteilt das Risiko anders als ein Elternteil, dessen Kind eine Ansteckung mutmaßlich ohne große Folgen wegstecken wird.

Ich habe schon länger den Verdacht, dass diejenigen, die am eifrigsten mit Begriffen wie Solidarität hantieren, damit in Wahrheit am wenigsten am Hut haben. Der „Zeit“-Redakteur Bernd Ulrich schrieb einmal: „Auf jedem Armen sitzen zehn andere, die in seinem Namen Solidarität einklagen.“ Treffender kann man es nicht sagen.

Das Bekenntnis gegen Rassismus, Sexismus und Ausgrenzung ist ein Fashion-Item, ein Anstecker, den man sich anheftet, um zu zeigen, dass man dazugehört. Früher stellte man sein neues Auto aus, um andere zu beeindrucken. Heute hinterlässt man auf LinkedIn einen Eintrag, dass man es auch ganz wichtig findet, dass BIPOC zu ihrem Recht kommen, und wie schlimm es sei, dass es noch Hunger und Armut gibt.

Helfen, anstatt über Solidarität nur zu reden

In der „Süddeutschen Zeitung“ habe ich vergangene Woche ein Interview mit dem Arzt Gerhard Trabert gelesen, den die Linkspartei als Kandidat bei der Wahl zum Bundespräsidenten ins Rennen schickt. Ich war versucht, mich lustig zu machen. Der Mann hat keine Chance. Warum also gegen Steinmeier antreten?

Aber dann las ich, wie er sich seit Jahren um die medizinische Versorgung von Obdachlosen bemüht. Weil Menschen, die auf der Straße leben, so gut wie nie zum Arzt gehen, hat er sein Auto zur mobilen Praxis umgebaut und fährt damit in den Wald, zu Tiefgaragen und Domplätzen, wo Obdachlose leben.

Mir imponiert so jemand tausendmal mehr als die Siemens-Managerin, die mit Genderstern und Anti-Rassismus-Statements posiert. Ich teile nicht Traberts Sicht auf die Welt, natürlich nicht. Ich glaube keinen Augenblick, dass sich das Los armer Menschen verbessern würde, wenn wir alle nur noch die Hälfte verdienten. Aber ich habe großen Respekt vor jemandem, der seine Zeit der Aufgabe widmet, anderen zu helfen, anstatt über Solidarität nur zu reden. Auch Inklusion: oft nur eine Worthülse

Neulich hat Sebastian Mathis einen kleinen Sieg errungen. In der Behindertentoilette der Inklusionsschule, die seine Tochter besucht, steht jetzt ein Lüftungsgerät. Er hat auch dafür lange gekämpft. Diese Toiletten seien Virenhöllen, erklärte er mir, kleine, fensterlose Räume, in denen die Kinder nicht nur sauber gemacht werden, sondern in denen sie auch Nahrung zu sich nehmen, wenn sie über eine Sonde ernährt werden. Wenn es einen perfekten Ort gibt, um sich anzustecken, dann hier.

Als er sich beklagte, sagte man ihm, er habe doch ein Attest, das es ihm erlaube, seine Tochter aus der Schule zu nehmen. Das erklären die gleichen Leute, sagt er, die sonst keine Gelegenheit auslassen, darauf hinzuweisen, wie wichtig Inklusion sei. Der Widerspruch fällt ihnen nicht einmal auf.

Anfang Dezember nahmen Journalisten die Zustände an der Schule zum Anlass zu fragen, wo eigentlich die Gesundheitssenatorin sei. Zwei Tage später kamen Handwerker und installierten den Apparat.

VI.



Foto: imago images/

Ort massiver religiöser Diskriminierung: Schulhof in Berlin-Neukölln

Scharia auf dem Schulhof

Radikale Moslems: Studie enthüllt tiefgreifende Intoleranz an Berliner Lehranstalten

Norman Hanert

17.01.2022

Seit Jahren bekunden Bund und Länder, für wie wichtig sie den Kampf gegen Extremismus, Rassismus und Diskriminierung halten. Diese Bemühungen weisen allerdings ein massives Wahrnehmungsdefizit auf. Wie eine Untersuchung zeigt, ist an Berliner Schulen religiös motivierte Diskriminierung offenbar ein weit verbreitetes Problem.

Für die Studie hatte der „Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung“ eine Befragung von Schulleitern, Sozialarbeitern und Erziehern an zehn Neuköllner Schulen in Auftrag gegeben. Bis auf eine Ausnahme lagen alle untersuchten Schulen in „immer stärker sozial segregierten Einzugsgebieten“. Die Schüler kamen „zu deutlich über 90 Prozent aus Familien mit nicht deutscher Herkunftssprache, meist muslimisch“.

„Stark repressiver Verhaltensdruck“

Wie aus der Bestandsaufnahme hervorgeht, berichtete das befragte Personal von neun der zehn Schulen über regelmäßige religiöse Konflikte. In vielen Fällen geht es dabei um einen „stark repressiven Verhaltens- und Anpassungsdruck“, der meist von streng muslimisch geprägten Schülern ausgeübt wird. Der Druck, mit dem etwa die Einhaltung des Ramadan durchgesetzt wird, reiche von Beleidigungen von Mitschülern und Respektlosigkeiten gegenüber dem Lehrpersonal bis hin zu Gewaltvorfällen.

Selbst Pädagogen berichteten von Forderungen an Lehrerinnen mit muslimischem Hintergrund, ein Kopftuch zu tragen und sich anders zu kleiden. Als Folge gebe es mittlerweile auf vielen Schulhöfen ungeschriebene Gesetze, die sich an einer strengen Auslegung des Islam orientieren. Ganz subtil und alltäglich werde dabei unterlaufen, „was Freiheit im Umgang, bei Kleidung, beim Essen ausmacht“.

Zutage gefördert hat die Befragung, dass bereits ganz junge Schüler „mit Diskriminierungen und religiös begründeten Abwertungserfahrungen konfrontiert werden“. Laut der Untersuchung verheimlichen insbesondere Kinder mit einem kurdischen oder alevitischen Hintergrund solche Erfahrungen, weil sie Angst haben, das Opfer systematischer Demütigungen zu werden. Mit Blick auf ältere Schüler berichten die Studienautoren von einem

erheblich steigenden Radikalisierungsrisiko, das von sozialen Bezugsgruppen, bestimmten Moscheen, Internetkanälen wie „Generation Islam“ oder Kampagnen wie „#NichtOhneMeinKopftuch“ befeuert werde.

Die Probleme mit radikal-islamisch geprägten Schülern ziehen sich laut den Befragungen bis in den Unterricht, etwa wenn es um Themen wie die Evolution oder die Entstehung der Welt geht. Eine Schulleiterin berichtet zudem: „Und dann will man Israel aus dem Atlas ausschneiden und übermalen. Das kommt immer wieder vor.“

Laut der Untersuchung gibt es auch mit Eltern massive Probleme. Zum Teil weigerten sie sich, weiblichen Lehrkräften die Hand zu geben oder überhaupt mit diesen zu sprechen. Auch berichten Grundschulen von einer „Vielzahl von Eltern, die man nicht erreiche“. Diese Eltern „erscheinen weder zum Elternsprechtag, Elternabend oder nach persönlicher Einladung“. Weiter heißt es, „die Mehrheit der Eltern halte sich nicht an Absprachen und komme irgendwann spontan, oftmals während der Unterrichtszeit, vorbei und wolle mit einer Lehrkraft sprechen. Wenn dies zu dem Zeitpunkt nicht möglich ist, reagieren die Eltern oftmals ungehalten und verständnislos.“

Grüne Politikerin gegen Projekt

Neuköllns Bürgermeister Martin Hikel (SPD) spricht im Vorwort zu der vorgelegten Studie sogar von Hilferufen, die bereits in den vergangenen Jahren immer wieder aus Bildungseinrichtungen gekommen seien, „weil bestimmte Religionsinterpretationen keinen Spielraum, keine Toleranz für andere Meinungen oder sogar auch für wissenschaftliche Erkenntnisse zulassen“.

Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, plant der „Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung“ bereits seit einigen Jahren, im Bezirk Neukölln eine Anlauf- und Dokumentationsstelle einzurichten, die Vorfälle registrieren und Schulen Hilfe geben soll.

Obwohl es dabei eine große Unterstützung vom Neuköllner Bezirksamt gibt, ist nicht sicher, ob dieses Projekt wie geplant in diesem Jahr umgesetzt werden kann. In der Berliner Landespolitik wirken offenbar Kräfte, die dem Projekt ablehnend gegenüberstehen.

Wie die Tageszeitung „Die Welt“ berichtet, bezeichnete etwa die Vorsitzende des Ausschusses für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation im Berliner Abgeordnetenhaus, die Grünen-Abgeordnete Susanna Kahlefeld, das Projekt als „fachlich falsch aufgesetzt“. Laut dem Bericht soll die Politikerin kritisiert haben, statt Lehrern eine Hilfestellung zu bieten, sei das Ziel „einzig und allein, Religion an sich als ein Problem darzustellen“.

VII.

Bei seinem Auftritt vor dem „Cum Ex“-Ausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft kann Steuerzahlerpräsident Reiner Holznagel wenig zum Untersuchungsauftrag beitragen. Aber er macht deutlich, dass es um das Geld der Steuerzahler und alles andere als Peanuts geht.

Nach Ansicht des Präsidenten des Bundes der Steuerzahler, Reiner Holznagel, geht der durch betrügerische „Cum-Ex“-Geschäfte verursachte Schaden weit über den Steuerverlust hinaus. Die Steuerhinterziehungen in Milliardenhöhe durch Banken und Finanzunternehmen hätten auch Auswirkungen auf Steuermoral und Steuermentalität der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, sagte er am Freitag im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft zum „Cum-Ex“-Skandal.

Durch „Cum Cum“- und „Cum Ex“-Geschäfte sei in den vergangenen 15 Jahren nach Ansicht von Experten international ein Schaden in Höhe von 150 Milliarden Euro entstanden. „Für Deutschland gehen die Experten davon aus, dass ein Schaden von 30 Milliarden zu beklagen ist.“ Man spreche hier also „nicht von Peanuts, sondern von einem Betrag, der seinesgleichen sucht“, sagte er.

WEGWEISENDES BGH-URTEIL

Cum-Ex-Geschäfte waren kriminell – und sind keineswegs verjährt

„Im vergangenen Jahr hatte das Gesundheitsministerium einen kleineren Etat als diese Schadenssumme.“ Dieses Geld fehle nun in der Staatskasse. „Dieses Geld fehlt in der Pandemie, dieses Geld fehlt für wichtige Investitionen und dieses Geld müssen die ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ausgleichen.“ Das wirke sich auf die Steuermentalität aus. „Zunehmend empfinden die Menschen eine Steuerungerechtigkeit“, sagte Holznagel.

Bei „Cum Ex“- und „Cum Cum“-Geschäften verschoben Finanzakteure große Aktienpakete rund um den Dividendenstichtag in einem vertrackten System und ließen sich dann Steuern erstatten, die nie gezahlt wurden.

Der Steuerzahlerpräsident war als Sachverständiger vor den Ausschuss geladen. Zu der steuerlichen Behandlung der in den „Cum Ex“-Skandal verwickelten Hamburger Warburg Bank durch die Finanzbehörden der Hansestadt äußerte sich Holznagel nicht im Detail.

Der Untersuchungsausschuss soll den Vorwurf einer möglichen Einflussnahme führender SPD-Politiker auf die Behandlung der Warburg Bank klären. Hintergrund sind Treffen des damaligen Bürgermeisters und jetzigen Bundeskanzlers Olaf Scholz mit den Mitinhabern der Bank, Max Warburg und Christian Olearius, in den Jahren 2016 und 2017. Gegen Olearius liefen damals schon Ermittlungen wegen des Verdachts der schweren Steuerhinterziehung.

Nach den ersten Treffen hatte das Finanzamt für Großunternehmen 2016 mit Ablauf der Verjährungsfrist zunächst auf Steuernachforderungen in Höhe von 47 Millionen Euro verzichtet. Weitere 43 Millionen Euro wurden 2017 erst nach Intervention des Bundesfinanzministeriums eingefordert. Scholz hatte die Treffen im Untersuchungsausschuss eingeräumt, aber angegeben, sich an den Inhalt der Gespräche nicht erinnern zu können. Eine Einflussnahme auf das Steuerverfahren schloss er aber aus.

Quelle: welt online

Geburtstage & Diverses Februar 2022



Im Februar 2022 feiern folgende Mitglieder ihren Geburtstag

- 06.02.: Andreas Schönberger
- 10.02.: Bernhard Bauer
- 16.02.: Martin Zintgraf
- 18.02.: Alexander Knapp
- 19.02.: Sebastian Prinz
- 21.02.: Stefan Hein

Vorstand und Beirat
gratulieren herzlich



Pro Gloria et Patria



Preussen

Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e. V.

Unser Verein

Themen für die nächsten zwei Jahre

- Reformen Berlins und Brandenburgs
- Bildung Preußischer Humor
- Preußens Migrationspolitik
- Die Zukunft der Bundeswehr
- Die Verrohung unserer Gesellschaft
- Humor und Treitschke
- Entwicklung der Hauptstadt
- Stauffenberg und sein Vermächtnis
- Preußen zwischen rechts und links

Neujahrsempfang und monatlicher Preussenbrief

Werden Sie Mitglied!

Retten Sie die Tugenden und werden Sie Mitglied der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg!

Eintritt bis zu 30.12.2022 mit 30 % Rabatt auf den ersten Jahresbeitrag!

Mitgliedsbeitrag

Pensionäre: 110 €

Erwerbstätige: 220 €

Firmen: 300 €



IMPRESSUM

Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e. V.
Tel. 0173 9313437
kontakt@preussen.org

www.preussen.org

Vorstand

Beirat

M. Aden, H. Bracksmajer, H. Lenk, D. Lohmeier, W. Nowusch,
M. Otte, N. Neuendorf

Amtsgericht

VR 17087 NZ _ als gemeinnützig anerkannt FA Körperschaften I
St.Nr. 675/53373

Pro Gloria et Patria



Preussen

Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e. V.

Präsident Steffen Bender

Vorstand H-J. Prillwitz, T. Gütschow, M. Kayser

Ehrenpräsident Volker Tschapke

Kontoverbindung

Berliner Bank AG _ BLZ 100 708 48 _ Konto-Nr. 48 28 68 700

IBAN DE 93 100 708 480 482 868 700 _ BIC/SWIFT DE UT DE DB 110

